

1341.11.A.2
BERN, 12. Dezember 1938

REDAKTION

EFFINGERSTRASSE 1 / TELEPHON 21.211

Herrn Bundesrat Dr. G. Motta

Vorsteher des Eidg. Politischen Departementes,

BERN

=====

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Ich hatte Gelegenheit, an der grossen Konferenz der Presse im Bundeshaus den Behörden den Wunsch auszudrücken, man möchte auch einen Journalisten nicht verurteilen, ehe er Gelegenheit hatte, sich über die Gründe seines Verhaltens auszusprechen. Ich nehme an, dass das auch für mich gelten darf und bin daher so frei, Ihnen folgendes mitzuteilen, das die Haltung des "Bund" in der Angelegenheit des Briefes des deutschen Rechtsanwalts bestimmt hat.

1. Am 18. November war im "Thurtaler Anzeiger" als Einsendung aus dem Publikum jener Brief erschienen, worin nicht als bloss private Aufschniderei, sondern als verantwortliche rechtliche Beratung durch einen reichsdeutschen Rechtsanwalt seinen schweizerischen Klienten geraten wurde, sie möchten die kurze Zeit Geduld haben, bis ein Reichsstatthalter in Bern sitze; dann werde ihre Forderung zum vollen Kurs statt zum lumpigen Sperrmarkkurs realisierbar. Es war ein Beispiel unter andern, wie man Schweizer für den Anschluss aus materiellen Gründen für den Anschluss zu gewinnen sucht.

2. Diese Publikation erregte am Bodensee grosses Aufsehen. Die ganze Auflage des "Thurtaler Anzeigers" wurde ausverkauft. (Siehe die Korrespondenz "Politische "Unterwelt"-oder Angst vor der Wahrheit?" in Nr. 577 des "Bund"). Der Artikel ging auch in andere schweizerische Zeitungen über.

3. Aber keine Untersuchung wurde angeordnet über diese ausserordentlich unverschämte, ja schamlose Art einer fremden Einmischung



REDAKTION

EFFINGERSTRASSE 1-3 / TELEPHON 21.211



Die zuständigen Bundesinstanzen hatten trotz der Aufregung, die ganz begreiflicherweise (und glücklicherweise) in der Ostschweiz entstanden ist, offenbar gar keine Kenntnis von der Sache. Es wird mir bestätigt, dass eine Untersuchung erst angehoben worden ist, nachdem der "Bund" auf Angelegenheit hingewiesen hat: am 25. November, also eine volle Woche nach der ersten Publikation. Um die Sache von vornherein auf den richtigen Boden zu stellen, haben wir betont, dass es falsch sei, zu behaupten, kein Mensch denke draussen an den Anschluss der Schweiz, aber dass wir in Hitlers Zusicherungen (nach der bedingungslosen Anerkennung unserer Neutralität) Zutrauen haben dürfen. ("Bund" Nr. 553 vom 25. November)

4. Diese gewiss massvolle und zurückhaltende Art, unsre Leser von einer Frechheit eines Deutschen zu unterrichten, hat uns nun den Tadel eines andern Deutschen eingetragen, einen Tadel, der uns darüber belehrt, es sei unter der Würde einer Zeitung vom Format des "Bund", so etwas zu publizieren, das habe mit Pressfreiheit nichts zu tun. Diese Berüffelung durch Herrn Krahl empfanden und empfinden wir bis zur Stunde, in Uebereinstimmung mit vielen rühigen Bürgern, als absolut ungehörig. Daraus entstand jene Zurückweisung, aus der dann das Weitere entstanden ist. Herr Krahl quittierte die Ablehnung seiner Kritik am "Bund" mit der Abbestellung des Abonnementes, eine Anstandslektion und der Mitteilung, er habe meine Bemerkungen an die deutsche Gesandtschaft geschickt (nicht etwa: damit diese dem deutschen Rechtsanwalt nachforsche, davon steht kein Wort in jenem Absagebrief. Das soll man erst aus einem ^Begleitschreiben entnehmen dessen Original uns nie gezeigt wurde)

5. Wie ist Herr Krahl im "Bund" als ein Gesinnungsgenosse des

☞ fehlbaren deutschen Rechtsanwalts bezeichnet worde, das besorgte vielmehr gerade die Presse, die nachher in massloser Art über den "Bund" hergefallen ist. ("Berner Tagwacht" Nr.282 vom 30.November) - dort wird Krahl in grossen Titeln als "Nazi" bezeichnet, und es wird gesagt, er sei in "trübe" Angelegenheiten verwickelt gewesen. Ferner wird mit Hinweis auf eine Demonstration in der Ostschweiz die Arbeiterschaft scharf gemacht.

6. Sofort verschärfte sich nun die Demonstration, und darauf hat der "Bund" gestützt auf eine nachträglich erhaltene Kopie des ersten Briefes von Krahl alles getan, um der Wiederholung der Demonstrationen vorzubeugen (Nr.563 vom 1.Dezember, "Schluss der Demonstrationen"). Das geschah aus freiem Antrieb. Ebenso haben wir ausdrücklich unser Einverständnis mit der Veröffentlichung des Briefwechsels im Stadtanzeiger erklärt. Die Wirkung war da, wie vorauszusehen; die Auftritte bei Krahl hörten auf, und nun wandte sich eine gewisse Enttäuschung gegen uns.

Für uns gibt es in der ganzen Sache nichts, das wir nicht in guten Treuen in Erfüllung publizistischer Aufgaben glaubten tun zu dürfen. Es gibt auch nicht eine eigentliche Affäre Krahl, sondern alles ist eine Affäre des Anwaltsbriefes.

Ich gestatte mir zum Schluss in aller Ehrerbietung zu bestätigen, dass wenn wir wissen, dass das Material der deutschen Pressefehden gegen die Schweizerpresse von den Behörden systematisch gesammelt und zum Anlass amtlicher Abwehr gemacht wird, uns ein wesentlicher Teil unserer Abwehrpolemik abgenommen wird. Nun hat die deutsche Presse von jenem Anwaltsbrief rein nichts gemeldet, wohl aber gelogen, der "Bund" habe einen Brief gefälscht!

REDAKTION

EFFINGERSTRASSE 1 / TELEPHON 21.211

IV



Solche Tatsachen gehören unbedingt auch zu einer sachliche¹ und erst recht zu einer gerechten amtlichen Würdigung des Verhaltens einer Schweizerzeitung.

Die Behörden, namentlich auch das eidg. Militärdepartement, die Bundesanwaltschaft, die Polizeibehörden wissen, welche Menge von Informationen wir fast täglich an sie leiten, Informationen, die eine Sensationspresse ohne weiteres versucht wäre, öffentlich auszuschlachten. Es sind bei dieser Weiterleitung Angelegenheiten von höchster Bedeutung gewesen.

Ich möchte für heute nicht Gebrauch machen von einer Menge von Kundgebungen aus dem Publikum, die zeigen, dass heute sehr erfahrene und ruhig überlegende Bürger unser Verhalten gegenüber Herrn Krahl nicht nur verstehen, sondern verteidigen, indem sie die Provokation, die in seinem Tadel an den "Bund" lag, als beleidigend auch für ihr Gefühl empfinden. Ich hoffe, dass mit dieser Sache in der Öffentlichkeit Schluss gemacht werden kann, wenn vor dem Parlament nach gerechter Würdigung auch des Standpunktes des "Bund" das Nötige gesagt sein wird. Dass inzwischen die reichsdeutsche Presse mit Schmähungen, die unserer welschen Presse entnommen sind, gegen uns hetzt, ist vielleicht den Behörden auch nicht ganz entgangen.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, ich begrüße Sie mit der Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung

Chefredakteur des "Bund"